

55780-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – Abwasserverband Alsbach-Zwingenberg-Hähnlein -Implementierung einer anaeroben Schlammbehandlung und -entwässerung auf der Kläranlage Alsbach- Fachplanung Technische Gebäudeausrüstung Verfahrens- oder Prozesstechnik

OJ S 17/2026 26/01/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Abwasserverband Alsbach-Zwingenberg-Hähnlein

E-Mail: zavs@ladadi.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Abwasserverband Alsbach-Zwingenberg-Hähnlein -Implementierung einer anaeroben Schlammbehandlung und -entwässerung auf der Kläranlage Alsbach- Fachplanung Technische Gebäudeausrüstung Verfahrens- oder Prozesstechnik

Beschreibung: Vor dem Hintergrund der steigenden Entsorgungs- und Energiekosten der Schlammbehandlung, ist die Implementierung einer anaeroben Schlammbehandlung auf der betriebseigenen Kläranlage Alsbach vom Abwasserverband angedacht. Dazu sind die notwendigen Modernisierungs-, Neu- oder Umbaumaßnahmen auszuarbeiten. Mit zu berücksichtigen ist, die Nutzung eines Schlammspeichers als potentieller Faulbehälter, der Bau eines Vorklärbeckens und die Errichtung einer stationären maschinellen Schlammmentwässerung. Die Leistungen werden Stufenweise vergeben. Die Leistungsphasen 1 bis 4 werden über die Richtlinie zur Bundesförderung kommunaler Klimaschutz (Kommunalrichtlinie) im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) gefördert und als erste Stufe beauftragt. Sofern die Voraussetzungen nach dem Technischer Annex der Kommunalrichtlinie erfüllt sind werden die Leistungsphasen 5 bis 9 nach der positiven Bewilligung durch die Fördermittelstelle beauftragt. Es werden Leistungen und Leistungsbilder nach HOAI 2021 für folgende Planungsleistungen für das Gesamtprojekt vergeben:

Leistungsbild Objektplanung für Technische Ausrüstung Verfahrens- oder Prozesstechnik

(VPT): Grundleistungen für die Leistungsphasen 1-9, gemäß § 56 HOAI 2021 Abs.1 Zone III

Kennung des Verfahrens: eff912ec-9237-43d2-956e-4d9d5a8d755f

Interne Kennung: AZH-2025-03

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Alsbach-Hähnlein

Postleitzahl: 64665

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt-Dieburg (DE716)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Achtung: Teilnahmeanträge und Angebote sind ausschließlich elektronisch in Textform über die Vergabepattform subreport ELViS abzugeben.

Teilnahmeanträge und Angebote in Schriftform (Papier) sind nicht zugelassen. • Bewerbungen von Bewerbungsgemeinschaften und/oder die Benennung von Nachunternehmern (NU) sind zugelassen. • Bewerbungsgemeinschaften haben mit dem Teilnahmeantrag einen bevollmächtigten Vertreter zu benennen und eine von sämtlichen Mitgliedern unterschriebene Bewerbungsgemeinschaftserklärung (Formblatt zum Teilnahmeantrag) als eingescannte PDF-Datei hochzuladen. Das Original wird, wenn notwendig, gesondert nachgefordert. Die Bewerbungsgemeinschaft besteht im Falle der Aufforderung zur Angebotsabgabe als Bietergemeinschaft fort und wird im Falle der Zuschlagserteilung als Arbeitsgemeinschaft tätig. Der bevollmächtigte Vertreter vertritt die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich und ist zur Entgegennahme der Zahlungen mit befreiender Wirkung berechtigt. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft haften gesamtschuldnerisch. • Möchte sich der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung (wirtschaftlich, finanziell, technisch, beruflich) anderer Unternehmen bedienen, so muss er Art und Umfang der dafür vorgesehenen Leistungsbereiche in dem Formblatt Verzeichnis Nachunternehmer/Eignungsleihe benennen. Zum Nachweis, dass ihm die erforderlichen Fähigkeiten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er mit Abgabe des Teilnahmeantrages diese Unternehmen zu benennen und entsprechende Verpflichtungserklärungen (Formblatt Verpflichtungserklärung Eignungsleihe) dieser Unternehmen vorzulegen. Dieses Formblatt ist zu unterschreiben und als eingescannte PDF-Datei hochzuladen. Das Original wird, wenn notwendig, gesondert nachgefordert. • Möchte der Bewerber Teile der Leistungen durch NU erbringen lassen, so sind diese nach Art und Umfang in dem Formblatt Verzeichnis Nachunternehmer/Eignungsleihe zu benennen (Formblatt zum Teilnahmeantrag). Der Auftraggeber behält sich vor, Eignungsnachweise für die NU im Wege der Aufklärung anzufordern. • Die erforderlichen Angaben, Erklärungen, sowie Nachweise zur Eignung des Bewerbers sind im Falle von Bewerbungsgemeinschaften, sowie bei einem vorgesehenen Einsatz von NUs, derer sich der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung bedient, von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft sowie der NUs mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. • Der Auftraggeber kann vom Bieter eine Urkalkulation elektronisch in einer vor der Einsichtnahme Dritter geschützten Form oder in einem gesonderten verschlossenen Umschlag verlangen. Die Urkalkulation kann bei der Angebotswertung, einem Nachtrag oder sonstigen zusätzlichen Vergütungsforderungen im Rahmen eines abgeschlossenen Vertrags zur Prüfung der Grundlagen der Preise eingesehen werden. Die Urkalkulation wird nach Freigabe der von beiden Vertragsparteien anerkannten Schlussrechnung an den Auftragnehmer zurückgegeben. • Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und/oder Verurteilungen wird mit der Abgabe des Teilnahmeantrags versichert. Die Nachforderung von Nachweisen wird vorbehalten. • Die Verpflichtungserklärung nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) zur Tariftreue, Mindestlohn und Nach- und Verleihunternehmen (nach § 4 Abs. 1 bis 3, § 6 und § 8 Abs. 2 HVTG) ist mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. • Die Eigenerklärung RU-Sanktionen bei der Vergabe ist ebenfalls von allen Bewerbern und den Mitgliedern einer Bewerbungsgemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. • Vergaberechtsrelevante Mehrfachbeteiligungen, die zu einem Verstoß gegen den Geheimwettbewerb führen, sind unzulässig. Die Bewerber müssen im Teilnahmeantrag nachvollziehbar darlegen, dass kein

Verstoß gegen den Geheimwettbewerb vorliegt. Fehlen entsprechend aussagekräftige Erklärungen wird vermutet, dass durch die Mehrfachbeteiligung im Verfahren der Geheimwettbewerb verletzt ist. In diesem Fall werden sämtliche betroffenen Bewerbungen vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. • Die Bewerbungsunterlagen können ausschließlich digital und kostenlos unter www.subreport.de heruntergeladen werden. Alle weiteren Informationen sind auf der Homepage www.ladadi.de/zavs abrufbar. • Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen über die Funktion „Bewerbung/Angebot abgeben“ elektronisch via: www.subreport.de • Es werden nur Bewerbungen mit fristgerecht eingereichtem, vollständig ausgefülltem und ordnungsgemäß in Textform erstelltem Teilnahmeantrag in die Wertung miteinbezogen. • Bewerbungen nur für Teilleistungen führen zum Ausschluss der Bewerbung. • Zur Bewerbung sind zwingend die vom Auftraggeber vorgegebenen Vergabeunterlagen zu verwenden. • Rückfragen zu den zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen (1. Phase des Verfahrens) sind bis spätestens 13.02.2026 über die Vergabeplattform subreport ELViS zu richten.

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: - Schwere Verfehlungen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird, gemäß § 124 (1) Nr. 3 GWB und § 17 (1) HVTG)

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: - Bildung krimineller Vereinigungen gemäß § 123 (1) Nr. 1 GWB - Bildung

terroristischer Vereinigungen gemäß § 123 (1) Nr. 1 GWB - Geldwäsche oder

Terrorismusfinanzierung gemäß § 123 (1) Nr. 2 und Nr. 3 GWB - Betrug oder

Subventionsbetrug gemäß § 123 (1) Nr. 4 und Nr. 5 GWB - Bestechlichkeit,

Vorteilsgewährung und Bestechung gemäß § 123 (1) Nr. 6 bis Nr. 9 GWB - Menschenhandel,

Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung gemäß § 123 (1) Nr. 10 GWB - Verstöße

gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen gemäß § 123 (4) GWB -

Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen gemäß § 124 (1) Nr. 1 GWB - Verstöße

gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen gemäß § 124 (1) Nr. 1 GWB - Verstöße gegen

sozialrechtliche Verpflichtungen gemäß § 124 (1) Nr. 1 GWB - Einstellung der beruflichen

Tätigkeit gemäß § 124 (1) Nr. 2 GWB - Zahlungsunfähigkeit gemäß § 124 (1) Nr. 2 GWB -

Insolvenz gemäß § 124 (1) Nr. 2 GWB - Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren gemäß § 124

(1) Nr. 2 GWB - Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen gemäß § 124 (1) Nr. 4 GWB -

Interessenkonflikt gemäß § 124 (1) Nr. 5 GWB - Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung

gemäß § 124 (1) Nr. 6 GWB - Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags

gemäß § 124 (1) Nr. 7 GWB - Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des

Vergabeverfahrens gemäß § 124 (1) Nr. 8 und Nr. 9 GWB - Verstöße gegen Verpflichtungen

zur Zahlung von Steuern oder Abgaben gemäß § 124 (4) GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Fachplanung Technische Gebäudeausrüstung Verfahrens- oder Prozesstechnik

Beschreibung: Vor dem Hintergrund der steigenden Entsorgungs- und Energiekosten der

Schlammbehandlung, ist die Implementierung einer anaeroben Schlammbehandlung auf der

betriebseigenen Kläranlage Alsbach vom Abwasserverband angedacht. Dazu sind die notwendigen Modernisierungs-, Neu- oder Umbaumaßnahmen auszuarbeiten. Mit zu berücksichtigen ist, die Nutzung eines Schlammspeichers als potentieller Faulbehälter, der Bau eines Vorklärbeckens und die Errichtung einer stationären maschinellen Schlammmentwässerung. Die Leistungen werden Stufenweise vergeben. Die Leistungsphasen 1 bis 4 werden über die Richtlinie zur Bundesförderung kommunaler Klimaschutz (Kommunalrichtlinie) im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) gefördert und als erste Stufe beauftragt. Sofern die Voraussetzungen nach dem Technischer Annex der Kommunalrichtlinie erfüllt sind werden die Leistungsphasen 5 bis 9 nach der positiven Bewilligung durch die Fördermittelstelle beauftragt. Es werden Leistungen und Leistungsbilder nach HOAI 2021 für folgende Planungsleistungen für das Gesamtprojekt vergeben: Leistungsbild Objektplanung für Technische Ausrüstung Verfahrens- oder Prozesstechnik (VPT): Grundleistungen für die Leistungsphasen 1-9, gemäß § 56 HOAI 2021 Abs.1 Zone III Interne Kennung: LOT-0001 AZH-2025-03

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Datum des Beginns: 01.06.2026 Enddatum der Laufzeit:

30.05.2027 – Beschreibung: betrifft nur LPH 1-4 Laufzeit: 12 (in Monaten) Beschreibung: betrifft nur LPH 1-4

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: An der Quelllache 19

Stadt: Alsbach-Hähnlein

Postleitzahl: 64665

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt-Dieburg (DE716)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 12 Monate

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 120 332,82 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch geeignet für:startup#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#, #Besonders auch geeignet für:selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Aktueller Handelsregisterauszug oder vergleichbare Bescheinigung bei Unternehmen mit Sitz im Ausland;

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Referenzbogen (Bei Bedarf geben Sie mehrere Dateien ab.) Die Referenzen müssen folgende Mindestanforderungen erfüllen: a. Es handelt sich um mindestens 3 Referenzprojekte über in den letzten acht Jahren erbrachte vergleichbare eigene Leistungen (Angabe des Leistungszeitraums und des eigenen Leistungsanteils im Falle einer Bietergemeinschaft oder der Tätigkeit als Unterauftragnehmer). b. Es sind dargestellt der Leistungsumfang, das Auftragsvolumen in EURO sowie Name und Anschrift des Auftraggebers (einen Ansprechpartner beim Referenzgeber mit Telefonnummer wird der Auftraggeber bei Bedarf nachfordern); c. Die Leistungen müssen inhaltlich sowie von Umfang und Komplexität vergleichbar sein mit den Leistungen, die Gegenstand dieses Vergabeverfahrens sind; Hinweis: Es müssen nicht alle Leistungsgegenstände in jedem Referenzprojekt abgedeckt sein, aber die Zusammenschau muss ergeben, dass alle Referenzbereiche insgesamt abgedeckt sind; ein Referenzprojekt kann auch mehrere Referenzbereiche abdecken; im Referenzbogen ist jeweils anzukreuzen, für welchen Referenzbereich die Referenz inhaltlich gelten soll. Bei Nichterfüllen dieser Voraussetzungen wird der Teilnahmeantrag wegen nicht nachgewiesener Eignung und Unvollständigkeit vom Verfahren ausgeschlossen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Für das Projektleitungsteam (Leiter und Stellvertreter): Nachweis einer abgeschlossenen Hochschulausbildung als Fachplaner, Technische Ausrüstung oder vergleichbar und mindestens fünf Jahre Berufserfahrung durch Vorlage eines Lebenslaufes, aus dem sich die Ausbildung und persönliche Referenzprojekte ergeben.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung zum Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung im Auftragsfall Die Versicherung muss folgende Mindestanforderungen erfüllen: Im Auftragsfall muss durch eine Haftpflichtversicherung bei einem in der Europäischen Union zugelassenen Versicherer eine Deckungssumme für Personenschäden in Höhe von 1,0 Mio. EUR und für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) in Höhe von 1,0 Mio. EUR, mit mindestens doppelter Maximierung pro Jahr nachgewiesen werden. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Wenn ein solcher Versicherungsschutz noch nicht oder nicht in der geforderten Höhe besteht, ist mit dem Teilnahmeantrag eine schriftliche Eigenerklärung vorzulegen, wonach der Bieter dem Auftraggeber den Abschluss einer entsprechenden Versicherung im Zuschlagsfalle zusichert. Der Abschluss der (erhöhten) Versicherung ist im Zuschlagsfalle innerhalb von vier Wochen nach Zuschlag nachzuweisen.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Es werden nur Teilnahmeanträge von Bewerbern berücksichtigt, die die für die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Auftrag erforderliche Eignung gemäß §§ 122 ff. GWB, 42 ff. VgV besitzen. Die Bewerber müssen ihre Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, ihre wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

sowie ihre technische und berufliche Leistungsfähigkeit nachweisen. Bei Bewerbungen von Bewerber-/Bietergemeinschaften müssen die geforderten Nachweise und Kriterien gemeinsam erfüllt sein (z.B. Zusammenrechnung der Referenzen); die Leistungsfähigkeit einzelner Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft reicht als Nachweis allerdings nur aus, sofern dieses Mitglied nach der internen Arbeitsverteilung für die Durchführung der relevanten Leistungen überwiegend zuständig sein soll. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen entsprechend §§ 123 und 124 GWB ist für jedes Mitglied der Bewerber-/ Bietergemeinschaft gesondert zu erklären. Beabsichtigt der Bewerber, sich zum Nachweis seiner Leistungsfähigkeit auf diejenige eines Dritten zu berufen (Eignungsleihe i.S.v. § 47 VgV; z.B. durch Berufung auf ein verbundenes Unternehmen oder einen Nachunternehmer), so ist in diesen Fällen die Leistungsfähigkeit des Dritten durch Vorlage der entsprechenden Nachweise darzulegen. Darüber hinaus ist die Verpflichtungserklärung Nachunternehmer vorzulegen. Die Formblätter für die Bewerber-/Bietergemeinschaft und für die Eignungsleihe (Verpflichtungserklärung) sind zu unterschreiben und als Scan hochzuladen; die Vergabestelle behält sich vor, das Original ggf. nachzufordern. Ausländische Bewerber haben statt der etwa geforderten amtlichen Nachweise nach deutschem Recht gleichwertige Bescheinigungen nach den Vorschriften des Herkunftslandes vorzulegen. Auf die Möglichkeit der Übermittlung einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) als (vorläufiger) Nachweis der Eignung gemäß § 50 VgV wird hingewiesen. Es werden von den Bewerbern über die bei konkreten Kriterien bereits benannten Unterlagen die folgenden Unterlagen, Erklärungen und Nachweise gefordert; im Übrigen wird auf die Auflistung der einzureichenden Unterlagen im Anschreiben verwiesen: Folgende allgemeine Eigenerklärungen sind auf den zur Verfügung gestellten Formblättern über die Vergabeplattform elektronisch hochzuladen (Unterschriften werden grundsätzlich ersetzt durch die ordnungsgemäße Einreichung in Textform gemäß § 126b BGB; besondere Anforderungen auf einzelnen Formblättern sind zu beachten): - Formblatt Teilnahmeantrag - Verpflichtungserklärung Tariftreue-Mindestlohn (sofern nicht bereits in einem Präqualifikationsregister hinterlegt) - Eigenerklärung EU- Russland-Sanktionen bei der Vergabe - Bei Abgabe eines Teilnahmeantrags als Bewerbergemeinschaft: Formblatt „Bewerbergemeinschaft“ - Bei Abgabe eines Teilnahmeantrags mit Nachunternehmerleistungen bei Eignungsleihe: Formblatt „Verzeichnis Nachunternehmer /Eignungsleihe“, im Falle der Eignungsleihe zusätzlich das Formblatt „Verpflichtungserklärung Eignungsleihe“ -Wenn vorhanden, Vorlage eines Präqualifizierungszertifikats — Wenn keine Präqualifizierung vorliegt, Vorlage des Formblatts 124 Eigenerklärung Eignungskriterien für den Zugang zur nächsten Stufe Nach erfolgter Prüfung und Auswertung der Teilnahmeanträge werden maximal fünf Bewerber zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Soweit mehr als fünf Bewerber geeignet sind, entscheidet das Los. Alle anderen Bewerber werden im weiteren Auswahlverfahren nicht berücksichtigt. Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt: Ja Höchstzahl und Beschreibung: In der zweiten Phase, dem Verhandlungsverfahren, wird das Verfahren nur noch mit den am Ende der Phase 1 ausgewählten Bewerbern weitergeführt. Diese erhalten die Aufforderung zur Angebotsabgabe mit den entsprechenden weiteren Erläuterungen und geben ihre Erstangebote ab. Diese werden anhand der festgelegten Zuschlagskriterien bewertet. Es sei nochmals darauf hingewiesen, dass sich der Auftraggeber gemäß § 17 Abs. 11 VgV ausdrücklich vorbehält, bereits auf der Grundlage der Erstangebote den Auftrag zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten. Die zum Ablauf der Abgabefrist abgegebenen Erstangebote sind daher bereits verbindlich. Der Auftraggeber wird daher bereits die Erstangebote anhand der Zuschlagskriterien für Phase 2 bewerten.

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Im Teilnahmeantrag Angabe des Umsatzes des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Beschreibung: Preis: Fiktives Wertungshonorar brutto, Gewichtung: 30 %

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Konzept: 35 % Erfahrung des Personals: 15 % Zeitplan: 10% Präsentation 10

% Eine nähere Beschreibung zur Bewertung (Bewertungsmaßstäbe und Erläuterungen) findet sich im Dokument „1-10-Zuschlagskriterien Angebotsphase “.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 13/02/2026 23:59:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E23523456>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E23523456>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 25/02/2026 09:20:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich gemäß § 56 VgV vor, die Bewerber aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen (insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise) nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Fordert der Auftraggeber Angaben, Erklärungen oder Nachweise nach, sind diese vom Bewerber/Bieter an die die Erklärung anfordernde Stelle des Auftraggebers zu übermitteln (sofern in der Nachforderung nicht ausdrücklich anders bestimmt). Die Bewerber/Bieter können sich auf eine solche Nachforderung aber nicht verlassen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: nein
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Sieht sich ein Bewerber oder Bieter durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb von zehn Kalendertagen beim Auftraggeber zu rügen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB). Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Abgabe der Bewerbungen (bzw. Angebote) gegenüber dem Auftraggeber geltend gemacht werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2, 3 GWB). Teilt der Auftraggeber dem Bewerber oder Bieter mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, oder bleibt er untätig, so besteht die Möglichkeit, innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung einen Antrag auf Nachprüfung bei der Vergabekammer des Landes Hessen bei dem Regierungspräsidium Darmstadt zu stellen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf bei elektronischer Übermittlung erst 10 Kalendertrage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach Absendung der Information durch den Auftraggeber. Nach Ablauf dieser Frist ist ein Zuschlag möglich, auch wenn eine Frist nach § 160 Abs. 3 GWB noch nicht verstrichen sein sollte. Ein Nachprüfungsantrag müsste daher zur Verhinderung eines Zuschlags vor Ablauf der Frist nach § 134 GWB dem Auftraggeber durch die Vergabekammer zugestellt worden sein. Die Unwirksamkeit einer Auftragserteilung kann gemäß § 135 Abs. 1 und 2 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Information über den Vertragsabschluss, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Submissionsstelle beim Revisionsamt des Landkreises Darmstadt-Dieburg

Organisation, die Angebote bearbeitet: Abwasserverband Alsbach-Zwingenberg-Hähnlein

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Zentrale Auftragsvergabestelle-Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg
Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00002636
Postanschrift: Jägertorstr. 207
Stadt: Darmstadt
Postleitzahl: 64289
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)
Land: Deutschland
E-Mail: zavs@ladadi.de
Telefon: +4961518811600
Internetadresse: <http://www.ladadi.de>
Rollen dieser Organisation:
Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Registrierungsnummer: 061511126603
Postanschrift: Wilhelminenstraße 1-3
Stadt: Darmstadt
Postleitzahl: 64283
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de
Telefon: +49 6151126603
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt
Schlichtungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Submissionsstelle beim Revisionsamt des Landkreises Darmstadt-Dieburg
Registrierungsnummer: 00002636
Stadt: Darmstadt/Kranichstein
Postleitzahl: 64289
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)
Land: Deutschland
E-Mail: zavs@ladadi.de
Telefon: +49 61518811600
Rollen dieser Organisation:
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Abwasserverband Alsbach-Zwingenberg-Hähnlein
Registrierungsnummer: 64665
Stadt: Alsbach-Hähnlein
Postleitzahl: 64665
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt-Dieburg (DE716)
Land: Deutschland
E-Mail: zavs@ladadi.de

Telefon: +49 61518811600

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: cfc05bcb-bd0f-43a1-83e0-8023825120f4 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 22/01/2026 18:27:05 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 55780-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 17/2026

Datum der Veröffentlichung: 26/01/2026